

Antikommunismus

Zur Antikommunismus-Resolution des Europarates

Von Anton Latzo

Kommunismus: Die Dummköpfe nennen ihn dumm,

und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.

Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.

Die Ausbeuter nennen ihn Verbrechen.

Er ist das Ende des Verbrechens. ...

Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.

(Brecht, Lob des Kommunismus)

Der Sozialismus hat in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine bittere Niederlage erlitten. Es gibt in Europa gegenwärtig (wenigstens zwischenzeitlich) keine sozialistischen Staaten mehr. Es gibt auch keine Warschauer Vertragorganisation als antiimperialistischen Friedensfaktor und auch keinen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe mehr. Es gibt also kein Gesellschaftssystem, keine politische, ökonomische und militärische Struktur mehr, die bis 1989 als Begründung für den Antikommunismus, für die darauf beruhende antisozialistische und den Frieden gefährdende Politik der USA und der kapitalistischen Staaten Europas in der NATO erhalten musste.

Um so mehr muss man sich fragen, wieso der Antikommunismus weiter besteht, gepflegt und mit gesteigerter Aggressivität verbreitet wird? Wieso er zunehmend in den Rang von gemeinsamer, abgestimmter Politik in den europäischen kapitalistischen Strukturen und von Staatspolitik in ihren Mitgliedsländern erhoben wird, wie dies auch in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates deutlich wurde?

Weil der Antikommunismus Ausdruck des Grundwiderspruchs des Kapitalismus und seines antagonistischen Charakters ist. Er ist ein Ausdruck des Kampfes der Klasse der Kapitalisten gegen die Lösung dieses Grundwiderspruchs im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Er ist Ergebnis der Bemühungen des Kapitals, der Weltmaschinerie des gesellschaftlichen Fortschritts ins Getriebe zu greifen und die Subjekte dieses objektiven Prozesses zu verdummen, sie politisch, ideologisch-theoretisch und organisatorisch zu zersetzen und die Träger zu kriminalisieren.

Neue antikommunistische Kampagne in Europa

Kommunistische und sozialistische Parteien, die sich den Sozialismus auf die Fahne geschrieben haben, mussten nach 1989 beginnen, sich erneut zu organisieren und sich ihrer Grundlagen zu besinnen. Aber schon dieser Vorgang, in dem die Parteien des Sozialismus sich noch immer in einem Lernprozess befinden, lässt die reaktionärsten Kreise des Großkapitals und ihre reformistische und opportunistische Dienerschaft nicht mehr ruhig schlafen. Sie können es nicht ertragen, dass zu den objektiven Bedingungen für die Ablösung des Kapitalismus auch noch der subjektive Faktor hinzukommt, der in der Lage ist, ein wissenschaftlich begründetes, der Realität entsprechendes und dem Menschen dienendes Programm zu erarbeiten und durchzusetzen.

Deshalb soll jetzt zum Großen Schlag ausgeholt werden. Nachdem mit den Ereignissen der 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts Bedingungen geschaffen wurden, den Antikommunismus auch in den osteuropäischen Staaten zur Staatsdoktrin zu erheben, soll jetzt ein europaweites Netz des Antikommunismus geschaffen werden, das, unter der Führung der kapitalistischen Großmächte, zur "Ausmerzungen der kommunistischen Ideologie" führen soll.

Jetzt reicht es nicht mehr, dass es in Europa keine sozialistischen Staaten mehr gibt, die *kommunistische Ideologie soll ausgeradiert werden.*

Mit der mehrheitlich angenommenen antikommunistischen Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates "Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime" vom 25. Januar 2006 wurde die ideologisch-politische Stoßrichtung und Plattform für die Vertiefung des Antikommunismus beschlossen. Mit den anderen Teilen der Resolution, die noch keine Mehrheit fanden, hat man die politisch-organisatorische Anleitung für die Durchführung dieses Kampfes in den einzelnen Staaten vorgegeben.

In der beschlossenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht, dass der Europarat besorgt sei, weil "das öffentliche Bewusstsein im Bezug auf Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes sehr schwach entwickelt ist" und weil immer noch "kommunistische Parteien in einigen Ländern legal und aktiv sind, selbst wenn sie sich in einigen Fällen nicht von den Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes in der Vergangenheit distanzieren haben".

Begonnen hat die Erarbeitung des Konzeptes schon vor mehreren Jahren. Der Europarat hat den Gegenstand "Verurteilung kommunistischer Regime" schon 1996 behandelt. Die Resolution 1096/1996 über die Maßnahmen zur Beseitigung des Erbes der "ehemaligen totalitären kommunistischen Systeme" bezog sich vor allem auf die Maßnahmen, die getroffen werden sollten, um die "Transition zur Demokratie" zu beschleunigen. Es ging mehr um Fragen der "Dezentralisierung, Entmonopolisierung, Privatisierung sowie Entbürokratisierung", also mehr um das Management der "Transition". Es ging darum, die einheitliche Richtung, den Weg und das Ziel abzusichern, die inneren Verhältnisse in den ehemals sozialistischen Staaten entsprechend den Erfordernissen der Restauration des Kapitalismus und der Interessen des ausländischen Kapitals zu gestalten.

Die Europäische Volkspartei (EVP) kristallisiert sich dabei als Mittelpunkt der aggressiv-antikommunistischen Tendenzen in Europa heraus. Sie verabschiedete auf ihrem Parteitag (4.-5.02.2004) in Brüssel eine Resolution "Verurteilung des totalitären Kommunismus", in der es heißt, dass die Anklage (Inkriminierung) der kommunistischen Ideologie als strategisches Ziel für die Periode 2004 - 2009 festgeschrieben ist. Schon diese Resolution enthält die gefährliche Tendenz der Einschränkung der klassischen Werte der bürgerlichen Demokratie in Europa

und einen Versuch der Inkriminierung (Kriminalisierung) einer bestimmten Art der Betrachtung des gesellschaftlichen Lebens, die vom kapitalistisch determinierten Denken abweicht. (In der Dialektik der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit bedeutet das die Einschränkung der Grundlagen für die Selbstbestimmung einer der Seiten des Widerspruchs.)

Die jetzige Resolution (2006) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, ist in einer Lage verabschiedet worden, in der nicht nur innenpolitische Umgestaltungen schon vollzogen sind, sondern fast alle ehemals sozialistischen Staaten in die Strukturen der NATO und der EU eingebunden wurden. Die 1996 genannten Probleme und Vorhaben wurden zumindest organisatorisch so realisiert, dass die Gestaltung des osteuropäischen Raumes im Sinne der kapitalistischen Großmächte möglich wurde. In diesem Sinne bestätigt die Resolution vom Januar 2006 die Einschätzung über die reaktionären Entwicklungen in EU-Europa.

Für die Bevölkerung haben 15 Jahre, die unter der Überschrift der gesellschaftlichen Transformation und des Beitritts der Länder zur NATO und zur EU standen, immer wieder neue Versprechungen, Hoffnungen und Erwartungen aber keine realen Verbesserungen der ökonomischen, sozialen, politischen und geistig-kulturellen Lage gebracht

Weder die Gesellschaft noch die Individuen können in den ehemals sozialistischen Staaten die Widersprüche voll verkraften, die sich aus den Abgründen ergeben, die die

kapitalistische Restauration in den Existenzbedingungen der Menschen aufgerissen hat.

Im Unterschied zu anderen Restaurationsvorgängen in der Geschichte besteht ein Merkmal dieser Restauration darin, dass sie als Wechsel zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen stattgefunden hat, die sich objektiv antagonistisch zueinander verhalten. Es wurde die historisch schon überlebte kapitalistische Gesellschaft in diesen Staaten reinstalled. Es wurde nicht nur der Sozialismus beseitigt, sondern durch die Wiederherstellung historisch überlebter, reaktionärer politischer und sozialer Zustände bzw. Machtverhältnisse auch der Weg zur Weiterentwicklung der Zivilisation blockiert.

Entgegen jeglicher Logik der Geschichte wird behauptet, es sei ein "postkommunistischer Kapitalismus" entstanden. Den Menschen will man vorgaukeln, dass damit eine neue Qualität der Gesellschaft entstanden sei, die dem Sozialismus nicht nur überlegen sei, sondern künftig auch eine Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ermögliche. Revolutionen, und dazu noch sozialistische Revolutionen seien damit überholt und selbstverständlich auch ihre theoretischen Grundlagen.

Es wird völlig verdrängt, dass dieser "postkommunistische Kapitalismus" nicht Ausdruck der "natürlichen" Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern gegen den natürlichen Gang der Geschichte bewusst erzeugt und verstärkt wurde, ausgehend von fortschrittswidrigen politischen Zielen der Klasse, die an kapitalistischem Profitsystem und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen interessiert ist.

Der gegenwärtig in den ehemals sozialistischen Staaten und international praktizierte Antikommunismus wird davon geprägt. Er wird bewusst als Instrument eingesetzt, um vom kapitalistischen Gesellschaftssystem zu retten, was noch zu retten ist. In den ost- und mitteleuropäischen Staaten mussten und müssen die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse verleumdet und die Institutionen der politischen und ökonomischen Macht des

Kapitalismus, die Demokratie für das Kapital eingeführt und als fortschrittlich gepriesen werden.

Es wird gefordert, dass alle KP und "postkommunistischen Parteien und Staaten" die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung und ihre Vergangenheit revidieren und mit ihr brechen. Gewarnt wird besonders vor dem Einfluss von "Elementen kommunistischer Ideologie" wie Gleichheit und soziale Gerechtigkeit auf die Jugend, vor kommunistischer Nostalgie und vor der Gefahr kommunistischer Machtübernahme und offenem Wirken der KPs in einer Reihe von Ländern. Darüber hinaus wird die Bestrafung aller verlangt, die irgendwann Anteil hatten "an Handlungen und Verbrechen der kommunistischen Bewegung".

Im Grunde handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Ausrufung einer alle Länder erfassenden "allgemeinzivilisatorischen Säuberkampagne". Mit den genannten Dokumenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wird ein Koordinierungs-Programm für eine europa- und weltweite antikommunistische Kampagne, die zur Tilgung des kommunistischen Gedankens führen soll, vorgelegt. Sie öffnen die Schleusen für die Verstärkung von weiteren reaktionären Entwicklungen in EU-Europa.

Obwohl von der Parlamentarischen Versammlung noch nicht beschlossen, hat man besonders in den Staaten Osteuropas schon begonnen, nationale Komitees zur Durchführung antikommunistischer "Aufklärungskampagnen" zu bilden. Beim Europarat und in allen Mitgliedsländern des Europarates sollen "Kommissionen zur Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus" eingesetzt werden. Sie sollen die Aufgabe haben, "Fakten zusammenzutragen und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen".

Der Europarat soll in dieser Linie zu einer Art internationaler Anklagebehörde, zu einem Gesinnungsgericht umfunktioniert und für die politische Auseinandersetzung instrumentalisiert werden.

Seit der Niederlage des Sozialismus haben wir es gewissermaßen mit einem "neuen Typ" des Antikommunismus zu tun. Vor 1989 gehörte der Antikommunismus zum Kalten Krieg. Er war gezwungen, die kommunistische/sozialistische Alternative ausdrücklich anzuerkennen und versuchte, diese in jeder erdenklichen Form als das "Böse" im Vergleich zum "Guten" der "freien Welt" und der bürgerlichen Demokratie hinzustellen und zu bekämpfen. Der durch die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verkörperte Antikommunismus besteht demgegenüber in der Leugnung jeglicher Alternative des Kapitalismus.

Dabei stellt die Koordinierung, die Zusammenführung der unilateralen, bilateralen und multilateralen Anstrengungen der auf der Seite der Reaktion vereinten antikommunistischen Kräfte ebenfalls eine neue Qualität dar. Der Europarat und die Resolution der Parlamentarischen Versammlung stellen eine Grundlage für die Gestaltung dieses Prozesses dar.

Die Umsetzung des Konzepts in den osteuropäischen Staaten

In Zusammenhang mit den Diskussionen und Aktivitäten auf europäischer Ebene ist auch in den ost- und mitteleuropäischen Staaten eine Ausweitung und Intensivierung der antikommunistischen Aktivitäten festzustellen. Offensichtlich soll damit in den Ländern eine

Atmosphäre geschaffen werden, die die juristischen und politisch-administrativen Maßnahmen des Staates und der zivilen Organisationen gegen kommunistische und andere progressive Kräfte erleichtern und den "postkommunistischen Kapitalismus" stützen. Neben den staatlichen Institutionen sind eine schon fast unübersehbare Anzahl von nationalen und internationalen Organisationen und Zusammenschlüssen mit gleichen oder übereinstimmenden Zielen tätig. Dazu zählen unvorstellbar viele Organisationen der "zivilen Gesellschaft" aus den jeweiligen Staaten, nationale Stiftungen und Bildungseinrichtungen der nationalen Parteien und Organisationen, die von den entsprechenden Partnerorganisationen aus dem Ausland inhaltlich gelenkt und finanziell unterstützt werden, die wichtigsten nationalen Parteien, die in der Regel Mitglied einer europäischen Partei sind, ausländische Stiftungen aus den Hauptländern der EU und aus den USA, amerikanische und Universitäten anderer kapitalistischen Großmächte in den jeweiligen osteuropäischen Staaten, Filialen amerikanischer u.a. strategischer Forschungszentren, geheime u.a. Dienste usw..

Diese ideologische Auseinandersetzung trägt den Charakter einer stabsmäßig organisierten Kriegführung. In ihrer Intensität, ihrer Dimension und auch in den materiellen, technischen Voraussetzung für ihre Verbreitung übertrifft sie bei weitem den kalten Krieg auf ideologischem Gebiet.

Das große Anliegen, dass man schnell und zielsicher realisieren möchte ist auch in diesem Falle die endgültige Abtötung des Marxismus. Es geht um die Verdammung einer Weltanschauung. Es richtet sich aber nicht nur gegen Kommunisten, sondern mit der Vernichtung der Legalität der kommunistischen Parteien soll der Weg für die weitergehenden Pläne der Reaktion geöffnet werden. Zu diesem Zweck wird auch die Justiz in den Dienst des Antikommunismus gestellt. Es soll eine Plattform für eine Politik geschaffen werden, die den Prinzipien der Demokratie widerspricht und diese in Frage stellt. Auch die Restauration des Kapitalismus nach 1989 in den ehemals sozialistischen Staaten zeigt, dass dieser Prozess den Drang zur politischen Reaktion verstärkt. Zwar ist die neu entstehende Klasse der Kapitalisten gezwungen, ihr System mit einem großen Aufwand demokratisch zu drapieren, aber der Staat unterdrückt mit seinen politischen Machtinstrumenten alles, was die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und Machtinteressen stören könnte.

Seit Jahren schon sind in Ländern wie Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien kommunistische Parteien verboten und können nur sehr eingeschränkt legal arbeiten. In Bulgarien wurde eine 1996 gegründete kommunistische Partei ein Jahr später wieder verboten. In Ungarn, in der Tschechischen Republik und in Polen ist die Verwendung sozialistischer Symbole per Gesetz verboten und strafbar. Es bestätigt sich die Erfahrung, dass die Verfolgung von Kommunisten immer der erste Schritt zu mehr Reaktion, zur Verfolgung aller demokratischen Kräfte und zu einer Außenpolitik ist, die den Interessen des Großkapitals dient.

Es ist bestimmt nicht zufällig, dass eine der größten kommunistischen Parteien in Osteuropa, der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KPBM), den stärksten Angriffen der reaktionären Kreise ausgesetzt ist. Noch vor den Wahlen vom Sommer 2006 hat man im Tschechischen Parlament versucht, das Verbot kommunistischer Propaganda durchzusetzen. Bei Erfolg der nur knapp (1 Stimme) gescheiterten Initiative hätten die oppositionellen Kommunisten (KPBM) als Nachfolger der ehemaligen KPC vermutlich ihren Namen ändern müssen. Die Gesetzesinitiative hat sich aber nicht nur am Namen der Partei gestoßen, sondern die kommunistische Ideologie insgesamt als menschenrechtswidrig diffamiert.

Anlässlich der Wahlen von 2006 haben die bürgerlichen Kräfte, den Zielen der antikommunistischen Resolution des Europarates und deren inhaltlichen Vorgaben folgend, die KPBM mit folgenden Forderungen konfrontiert, wenn sie in eine Regierungskoalition eintreten will:

- Entschuldigung für die "Verbrechen des Kommunismus". Die KPBM hat dies schon in den 90er Jahren getan und betrachtet eine solche Forderung als überflüssig.

-Distanzierung von der früheren KPTsch. Die KPBM verwies darauf, dass sie das nicht brauche, da sie ein eigenes Programm und ein eigenes Statut besitzt.

- Bekenntnis zur Entwicklung nach dem November 1989, die sie als ihre eigene Befreiung betrachten soll. Auch dies wurde von der KPBM abgelehnt und darauf verwiesen, dass sie nicht gewillt ist, sich zum Kapitalismus zu bekennen und der Sozialismus habe nur eine zeitweilige Niederlage erlitten.

- Die KPBM möge sich als Verteidiger des Rechts auf Privateigentum (an den Produktionsmitteln) erklären. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Die Partei trete für die Existenz aller Eigentumsformen ein und präferiere gesellschaftliche Eigentumsforderungen. (Zit. nach:Klaus Kukuk, Im Juni wird in Tschechien gewählt, Deutsch-Tschechische Nachrichten, Nr. 71)

Diese Provokationen reihen sich in eine ganze Reihe von Unterdrückungsmaßnahmen ein, die seit der "samtenen" Konterrevolution von 1989/90 ergriffen wurden. Im Innenministerium wurde verfassungswidrig ein "Büro für die Dokumentation und Untersuchung kommunistischer Verbrechen" angesiedelt. Laut "Lustrationsgesetz" (Säuberungsgesetz) ist die Überprüfung aller Bewerber für bestimmte Tätigkeiten obligatorisch. Per Gesetz wurde das sozialistische System, das von 1948 bis 1989 in der Tschechoslowakei bestand, für illegal und alle Formen des Widerstands dagegen rückwirkend für legitim erklärt.

Im Frühjahr 2000, als sich Tendenzen einer Krise in Tschechien verschärften und die Zustimmung zur KP auf mehr als 20% stieg versuchten die Antikommunisten, ein neues Gesetz durchzubringen, wonach der Glaube an die kommunistische Ideologie, ja sogar schon die Sympathie mit ihr zum kriminellen Delikt gemacht werden sollte. Offen wurde erklärt, dass dies als erster Schritt eines Versuchs gedacht war, die kommunistische Partei und den Kommunistischen Jugendverband zu verbieten.

Dieses Gesetz ist auch nur knapp gescheitert. Dafür haben zwei Senatoren Strafanzeige gegen den Kommunistischen Jugendverband (KSM) und dessen Zeitschrift "Junge Wahrheit" erstattet, weil KSM und die Artikel der Zeitschrift vom Marxismus-Leninismus ausgingen und "Klassenhass geschürt und zum Klassenkampf aufgerufen" hätten, was mit einem Appell zum Sturz des "demokratischen Regimes" gleichzusetzen sei.

Diese Entwicklung in Tschechien zeigt exemplarisch, welchen Weg diejenigen gehen wollen, die hinter der antikommunistischen Resolution des Europa-Rates stehen. Die Situation in den einzelnen ehemals sozialistischen Staaten ist noch unterschiedlich stark ausgeprägt. Aber alle werden von der inneren und ausländischen Reaktion in die gleiche Richtung gedrängt. Deren gemeinsame Ziele, die auch auf die gegenwärtige Situation in den Ländern und in Europa Rücksicht nehmen müssen, werden in der Resolution widergespiegelt.

Auf den ersten Blick ist es ein Angriff auf die kommunistische/sozialistische Bewegung

Das ist es auch. Es bringt aber auch die Bemühungen zum Ausdruck, die demokratischen Freiheiten, in diesem Falle das Vereinigungsrecht u.a. Grundrechte, insgesamt zu begrenzen, abzubauen. Es sollen solche Verhältnisse geschaffen werden, dass schon der potenzielle Protest gegen die kapitalistische Gesellschaft im Keim erstickt werden kann. Wenn diese Prinzipien und Ziele ins Strafgesetzbuch Eingang gefunden haben, sind die Bedingungen geschaffen, um jede Repression ganz "recht(s)staatlich" abzuwickeln.

In Ungarn hat sich nach 1989 eine sozialistische Partei mit sozialdemokratischer Ausrichtung formiert. Gleichzeitig hat sich eine Arbeiterpartei gegründet, die sich, nach innerparteilichen Auseinandersetzungen, 2005 erneut gespalten hat, in eine sehr kleine und in die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei (UKAP). Diese Prozesse verlaufen z.T. nach den gleichen Kennzeichen, wie auch in den anderen ehemals sozialistischen Staaten. Sie werden aber auch dadurch geprägt, dass die Krise in Ungarn schon viel früher als 1989 ausgebrochen war. Die Angriffsfläche des Antikommunismus ist auch heute noch viel breiter als in den anderen osteuropäischen Staaten.

Die jetzt in Ungarn tätigen linken und sozialistischen Parteien sind alle in der Periode der Niederlagen des Sozialismus entstanden. Der Antikommunismus hat schon auf den Prozess ihrer Gründung inhaltlich gewirkt. Hinzu kommt, dass in Zusammenhang mit den konterrevolutionären Entwicklungen von 1989 und danach - wie auch in den anderen Staaten - die Tätigkeit der Parteien in Betrieben, Einrichtungen und Behörden verboten wurde. Damit hat sich die Ferne dieser Parteien von ihrer sozialen Basis noch mehr verstärkt, was sich in vielerlei Hinsicht negativ sowohl auf die Substanz der Parteien aber auch auf die Organisiertheit dieser Basis und auf deren Verständnis von den Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung ausgewirkt hat. Den Linken werden zwei Möglichkeiten geboten, entweder sie anerkennen die "Grundnormen" des Kapitalismus, gehen den Weg des Reformismus und des Opportunismus und lassen sich so in das kapitalistische System einordnen, wie es im Falle der sozialistischen Partei praktiziert wird, oder die Regierenden wenden alle möglichen politischen, finanziellen und juristischen Methoden der Unterdrückung und Zerstörung an. Ausdruck dessen ist u.a. das schon genannte Verbot der Parteisymbole. Die UKAP ging zwar vor Gericht, aber ohne Erfolg.

Trotzdem, der volle politische Erfolg für die restaurativen Kräfte des Kapitals blieb aus

In der Zwischenzeit beginnen sich bei den Menschen konkrete Erfahrungen anzusammeln, sowohl hinsichtlich der inneren Entwicklung des Kapitalismus als auch in Bezug auf die EU und die NATO. Es fehlt jedoch noch immer die Kraft, die aufgrund ihrer marxistischen, revolutionären Ausrichtung diesen Erkenntnissen Richtung und Wirksamkeit in der Masse verleihen kann. Wie in den anderen ehemals sozialistischen Staaten fehlt auch in diesem Falle die ideologisch-theoretische Klarheit und Festigkeit sowie die Mobilisierungsfähigkeit der Massen durch sozialistische Parteien.

Ähnlich ist die Lage auch in Polen, wo außerdem noch der Einfluss der Kirche und der Nationalismus die sozialen und politischen Probleme überdecken kann. Sie bieten sich als wirksame Anknüpfungspunkte für jede Form von Antikommunismus und für die antikommunistische Propaganda zur Verdummung der Massen an. Den "Anregungen" der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates folgend, ist Polens Regierung bemüht, um die vorhandenen Bedingungen maximal auszunutzen, auf dem Fundament der Anklage gegen die "Böse Vergangenheit" eine breite Patriotische Front zu schmieden, und auf dieser Grundlage jeder gesellschaftlichen Alternative einen möglichen Boden zu entziehen. Natürlich stützt sich eine solche Konzeption auf eine Überbewertung der

ideologischen und politischen Faktoren und mittelfristig auch der Möglichkeiten zu ihrer Manipulierung. Aber gegenwärtig und für die nächste Zeit wird die Entwicklung in Polen davon charakterisiert und bietet demnach günstige Bedingungen für den Antikommunismus. In diesem Sinne will der frisch installierte Staatspräsident Polens alle ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel nutzen, um im Sinne der Europarat-Resolution alle Täter der "verbrecherischen Vergangenheit" zu entlarven und der Strafe zuzuführen.

Der Antikommunismus in Rumänien sei notwendig, erklärten kürzlich zahlreiche Organisationen der "zivilen Gesellschaft" in Rumänien, weil die Entwicklung seit 1990 durch den Postkommunismus bestimmt worden sei. In Wirklichkeit gibt es aber beträchtliche Schwierigkeiten, auch nur Spuren von Kommunismus oder Postkommunismus zu finden. Dafür gibt es aber auch in diesem Lande Antikommunismus in Hülle und Fülle.

Postkommunistische Parteien seien jene Parteien, "die sich im Führungsprozess auf die politischen Eliten des kommunistischen Regimes, auf die Verankerung eines bedeutenden Teils des kommunistischen ideologischen und institutionellen Erbes in ihrem Programm und auf die Sympathisanten des ehemaligen Regimes in der Wählerschaft stützen". In einem Appell an den Staatspräsidenten vom Anfang März 2006, der von rund 300 inländischen und im Ausland lebenden rumänischen Kultur- und Geisteswissenschaftlern und von Nichtregierungsorganisationen, die alle nach 1990 mit antikommunistischer Zielsetzung geschaffen wurden, unterzeichnet ist, wird unter ausdrücklichen Bezug auf die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25. Januar 2006 gefordert, "das kommunistische Regime in Rumänien als nicht legitim und kriminell zu verurteilen". Diese Forderung sei von der zivilen Gesellschaft schon 1990 erhoben worden und stimme mit der Europarat-Resolution überein.

Natürlich gab es Antikommunismus auf der Ebene der Politik auch vor dem Januar 2006. Aber nach der Verabschiedung der Resolution des Europarates erfuhr er eine derartige Intensivierung, dass er die Öffentlichkeit beherrscht und alle tatsächlichen Fragen der ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung des Landes überlagert.

Einer der ersten Schritte wurde tatsächlich schon im Dezember 1989 verkündet, als die Rumänische Kommunistische Partei sich einfach in Nichts aufgelöst hatte, Ion Iliescu im Fernsehen den Pluralismus und freie Wahlen verkündete und die Front zur Nationalen Rettung zur führenden politischen Kraft ausrief. In dem von ihm unterzeichneten Dekret "Über die Konstituierung, Organisation und das Funktionieren des Rates der Front der Nationalen Rettung..." vom 26. Dezember 1989 wird lapidar im letzten Satz festgestellt: "Alle Machtstrukturen des ehemaligen diktatorischen Regimes sind und bleiben aufgelöst". Auf dieser Grundlage wurde das gesamte Vermögen der RKP konfisziert. Die Führung wurde verhaftet, kollektiv vor Gericht gestellt und verurteilt. Gleiches Verfahren wurde auch in Bezug auf die Jugend- und Frauenorganisationen und auf andere gesellschaftliche Organisationen angewandt usw.

Die jetzt verfolgten Maßnahmen werden mit dem Argument begründet, in Rumänien wurde 1989 keine restlose Zerschlagung des Kommunistischen vollzogen, was zum Überleben der kommunistischen Netze und ihrer Untergrund-Verbindungen geführt und dem Kommunismus eine rückwirkende Legitimität verliehen habe. Beachtenswert ist auch die Art und Weise des Herangehens an diese Maßnahmen.

Dafür einige Beispiele: Im Herbst 2005 wurde für den Senat Rumäniens der Entwurf eines Gesetzes erarbeitet, um "den Kommunismus per Gesetz zu verurteilen". Er wurde von 12

Nichtregierungsorganisationen unterstützt. In der Begründung des Gesetzes heißt es, dass das Ziel darin bestehe, zu verhindern, dass erneut politische Organisationen kommunistischen Charakters entstehen können. Dabei ist das Vorgehen der Autoren besonders charakteristisch und zeigt den tatsächlichen geistigen Hintergrund der Autorenschaft. Als Vorlage hat man eine Dringlichkeitsverordnung der Regierung über das Verbot faschistischer Organisationen aus dem Jahre 2002 genommen. In diesem Text wurde jetzt das Wort "faschistisch" gestrichen und durchgehend durch das Wort "kommunistisch" ersetzt. So wird unter "Organisation kommunistischen Charakters" jede Gruppe verstanden, die sich aus drei oder mehr Personen bildet, die ständig oder zeitweilig tätig ist, um kommunistische Ideen, Konzepte und Doktrinen zu verbreiten und zum Klassenhass anzustacheln. Selbst bei der Androhung von Strafen wurde einfach "faschistisch" mit "kommunistisch" ersetzt und dann angedroht: Die Gründung einer Organisation kommunistischen Charakters werde mit 5 bis 15 Jahren Gefängnis und dem Entzug bürgerlicher Rechte bestraft. Die Verbreitung, der Verkauf oder die Herstellung kommunistischer Symbole soll mit einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis 5 Jahren bestraft werden. Bisher konnten sich die Autoren nicht durchsetzen. Aber die Chancen werden nicht geringer.

Im Rahmen eines "Prozesses über den Kommunismus" wurde im März 2003 durch mehrere Nichtregierungsorganisationen versucht, durch Gerichtsbeschluss feststellen zu lassen, dass der rumänische Staat anerkennt, dass das "kommunistische Regime" ein diktatorisches Regime war, das von 1944 bis 22.12.1989 großen Schaden verursacht hat.

Die Zahl der Institute und Kommissionen, die nach 1989 und besonders seit der Resolution des Europarates von Januar 2006 gegründet wurden, um die "Wahrheit" herauszufinden, ist beträchtlich. Im Jahre 1993 wurde unter der Schirmherrschaft der Rumänischen Akademie ein erstes Nationales Institut zum Studium des Totalitarismus gegründet. Es hat die Aufgabe, die Dokumente zu studieren, die aufzeigen, wie sich der Totalitarismus in Rumänien manifestiert hat. Finanziert wird es über die Akademie.

Im Jahre 1999 wurde ein Nationaler Rat zum Studium der Archive der ehemaligen Sicherheit gegründet, der dem Parlament zugeordnet ist.

Im Jahre 2006, in Zusammenhang mit der antikommunistischen Offensive, die durch die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eingeleitet wurde, wurden in kurzer Zeit gleich zwei neue derartige Institutionen gegründet. Anfang des Jahres wurde durch den Premierminister das Institut zur Erforschung der Verbrechen des Kommunismus in Rumänien gegründet, das der Regierung unterstellt ist.

Im April 2006 wurde eine Präsidial-Kommission für die Analyse der kommunistischen Diktatur gegründet, die beim Staatspräsidenten angesiedelt ist. Anlass für die Gründung war die Äußerung des Staatspräsidenten, dass er nicht verurteilen könne, ohne wissenschaftliche Beweise zu haben. Er wisse auch nicht, ob das kommunistische Regime in seiner Gesamtheit oder die Verbrechen, die von einzelnen Vertretern der Diktatur begangen wurden, zu verurteilen sei. Die Reaktion darauf war prompt. Innerhalb von Tagen wurde die Kommission gegründet. Zum Leiter dieser Kommission wurde ein in den USA lebender Historiker und Politologe, Vladimir Tismaneanu, berufen, der schon lange vor 1989 aus Rumänien nach den USA ausgewandert war, und als Professor an der Universität von Maryland tätig ist. Er ist Spezialist in osteuropäischen Fragen und mit einem breiten politischen Wirkungsfeld in Rumänien und Osteuropa tätig. Seinen Vorstellungen entsprechend sollen "die sechs 'klassischen' Wesenszüge des Totalitarismus" untersucht werden, die da sind: Rolle der Partei, Rolle der Ideologie, die politische Polizei, die Kontrolle der Massenkommunikationsmittel,

die staatliche Gewalt, Kommandowirtschaft. Dazu gehöre auch die Kollektivierung und das sowjetische "Abenteuer" in Rumänien. Die Forschungen sollen "nicht nur der Würdigung der Opfer" dienen, sondern auch "die revisionistischen, negationistischen und nostalgischen Stimmen" bekämpfen, womit der "Wissenschaftler" sich als gut vorbereitet erweist, seine Aufgabe entschlossen zu meistern. Er möchte "ein Nürnberg des rumänischen Kommunismus" schaffen und dazu die Arbeiten aller Institutionen zusammenfassen.

Blick zurück in die Geschichte des Antikommunismus

Der Antikommunismus ist ein Ergebnis, das aus der Ehe zwischen Kapital und politischer Reaktion entstanden ist, und wird so lange bestehen, wie es diese Verbindung gibt.

Seine Entstehung beginnt schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts als es darum ging, gegen die sich formierende moderne Arbeiterbewegung und die entstehende Theorie des Sozialismus vorzugehen. Er ist also als Reaktion auf den zunehmend organisierten und wissenschaftlich begründeten Kampf für den gesellschaftlichen und geistigen Fortschritt entstanden.

Dies fand seinen Ausdruck sowohl in päpstlichen Enzykliken, wie z.B. *Qui pluribus* von 1846, als auch in zahlreichen Verleumdungs- und Schmähschriften klerikaler, feudaler und bürgerlicher Ideologen gegen die sozialistischen Ideen. In der Praxis des politischen Kampfes gehörte die polizeiliche Verfolgung kommunistischer Organisationen und Persönlichkeiten (z.B. der Kölner Kommunistenprozess von 1852 gegen führende Persönlichkeiten des von Marx und Engels gegründeten "Bundes der Kommunisten") ebenso dazu, wie die hohen Festungsstrafen und die Gesetze, die die gewaltsame Unterdrückung kommunistischer und allgemein- demokratischer Ideen und Bestrebungen sanktionieren und vor allem das weitere Wachstum und die Konsolidierung der Arbeiterbewegung verhindern sollten.

In diesem Zusammenhang ist sowohl die Zerschlagung der Pariser Kommune als auch das Bismarcksche Sozialistengesetz (1878-1890) hervorzuheben. Vor allem mit letzterem sollte die weitere Entwicklung der seit dem Gothaer Parteitag (1875) vereinigten deutschen Arbeiterbewegung unterbunden werden.

Mit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts verstärkte die sich formierende bürgerliche Marx-Kritik einerseits die Bekämpfung der philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen des Marxismus und andererseits die "Widerlegung" seiner ökonomischen und sozialpolitischen Lehren. Die Vorgänge wurden zugleich zu geistigen Quellen des seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts, d.h. mit dem Übergang zum Imperialismus, aufkommenden Revisionismus.

Seit der Oktoberrevolution (1917) besteht das Hauptziel der antikommunistischen Ideologie und Politik darin, die durch diese Revolution eingeleitete sozialistische Entwicklung der Menschheit durch den koordinierten Einsatz ideologischer, ökonomischer, politischer und militärischer Mittel wieder rückgängig zu machen.

Der Antisowjetismus wurde zu einem strategischen Hauptziel der antikommunistischen Politik des Imperialismus.

Mit der Herausbildung des Sozialismus in mehreren Ländern wurde der Kampf gegen die sozialistischen Staaten, gegen ihre Innen- und Außenpolitik zu einer weiteren Hauptstoßrichtung des antikommunistischen Kampfes.

Mit dem Zweiten Weltkrieg hatte sich im Weltmaßstab ein enormes Missverhältnis bei der territorialen Verteilung des Reichtums, der Produktionskapazitäten und der Macht ergeben. Fast alle europäischen Staaten vom Atlantik bis zum Ural waren verwüstet. Allein die USA gingen aus dem Krieg mit einer unermesslich großen Produktionskapazität und mit einem Reichtum hervor, der die Bedürfnisse aller decken zu können schien. Sie hatten das Atomwaffenmonopol und dachten, dass das alles eine ganze historische Periode andauern würde.

Auf dieser Grundlage begannen sie einen offenen Kampf für die Erringung der absoluten Herrschaft in der Welt. Alle Länder sollten zu einem einzigen Modell, dem kapitalistischen gezwungen werden.

Auf diese Weise schuf man eine Situation, die den Kurs umkehrte, den die Ereignisse im Kampf gegen den Faschismus eingeschlagen hatten. Man schuf eine Situation, die in der ganzen Welt durch einen tiefen Bruch und erbitterte Gegensätze gekennzeichnet war. Es begann der Kalte Krieg.

In diesen Kämpfen spielten auch die verschiedenen Kirchen (nicht die Mehrheit der Gläubigen!) und ihre Hierarchien eine wichtige antikommunistische Rolle. Sie schlossen sich den von den USA proklamierten politischen Positionen an und machten sich so zu einem Bollwerk der ökonomischen, politischen und sozialen Ordnung des Kapitals. So wurde das vollzogen, was Palmiro Togliatti einmal "den letzten der Kreuzzüge" nannte, "nämlich der antikommunistische und antisozialistische Kreuzzug" (Palmiro Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, S.689).

Revisionismus und Opportunismus erfüllten ihrerseits auch in dieser Situation wichtige Funktionen. Ihre rechten Vertreter haben die Erfahrungen, die der Kampf gegen den Faschismus vermittelt hat, sehr schnell vergessen. Besondere "Verdienste" haben sie sich dadurch erworben, dass sie mit ihrem Antikommunismus ein Haupthindernis auf dem Weg zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse errichtet haben. Es ist ihnen u.a. gelungen, mit Hilfe einer "demokratischen" Phraseologie und der Losung vom "dritten Weg" den wahren Sinn des "demokratischen Sozialismus" zu verschleiern und eine "demokratische" Variante des Antikommunismus zu kolportieren.

Der Antikommunismus besaß von Anfang an kein in sich geschlossenes, positives ideologisches und politisches Programm. Seine Ziele und seine Handlungen waren und sind aber immer destruktiv. Destruktiv in Bezug auf das progressive Denken und im Verhältnis zur menschlichen Gesellschaft. Sein theoretischer Gehalt ist eine eklektische Vereinigung reaktionärer Ideologien, denen die absolute Ablehnung der Idee von der Unvermeidlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus gemeinsam ist. Er ist deshalb zur Verfälschung und Vernebelung der gesellschaftlichen Prozesse und zur Entstellung der sich daraus ergebenden Erfordernisse für die progressive Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gut geeignet.

Seine Wirkungen schaffen somit große Hindernisse für die Entfaltung des demokratischen Kampfes in den kapitalistischen Staaten, wo eine seiner wichtigsten Funktionen darin besteht, die Sicherung und den Ausbau des kapitalistischen Systems zu flankieren. Seit seiner

Entstehung erweist sich der Antikommunismus als Schrittmacher und Wegbegleiter reaktionärer Hochkonjunktur in Politik und Gesellschaft des Kapitalismus.

Seine Intensität und sein Umfang können zwar von Etappe zu Etappe variieren. Auch die Formen und Methoden des Kampfes der kapitalistischen Reaktion und ihrer Anhänger gegen die führenden Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts mit Hilfe der Ideologie und Politik des Antikommunismus verändern sich in jeder historischen Etappe der Klassenkämpfe und passen sich den neuen Bedingungen an. Trotz seines ständigen Lavierens, der Maskierung seines reaktionären Inhalts bleibt er jedoch ein Charakteristikum einer retrograden Kultur und ein Sargnagel der menschlichen Zivilisation.

Antikommunistische Praxis nach dem zweiten Weltkrieg

Noch während des zweiten Weltkrieges, als die USA in Wahrnehmung eigener Interessen gezwungen waren, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, äußerte der reaktionärste Teil der Führung und der Monopolbourgeoisie der USA seine Hoffnung auf die Vernichtung des ersten sozialistischen Staates durch die deutschen Faschisten.

Die Erwartungen dieser Kreise brachte schon am 23. Juni 1941 (zwei Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion!) die amerikanische Zeitung "New York Journal American" zum Ausdruck: "Hoffen wir, dass der Frieden im Westen immer noch erreicht werden kann und Europa sich gegen die Verbreitung des asiatischen Kommunismus vereinigt". Äußerungen von Winston Churchill u.a., die in die gleiche Richtung gingen, sind ja auch bekannt.

Im gleichen Geist veröffentlichte J.F.Dulles im Sommer 1946 seine programmatische antisowjetische Schrift "Gedanken über die sowjetische Außenpolitik und darüber, was mit ihr zu tun ist". Darin versuchte er, das Vorhandensein einer "sowjetischen Bedrohung der freien Welt" nachzuweisen, rief er zum totalen Kampf gegen die UdSSR, zur Errichtung kapitalistischer Regimes in den osteuropäischen Ländern und zur Einkreisung der Sowjetunion durch einen "cordon sanitaire" auf.

Dem künftigen Außenminister der USA war selbst die Politik des "containment" zu harmlos. Er forderte eine aktive Politik der Befreiung vom Kommunismus, die Politik des roll back, wie sie genannt wurde.

Zu den Veränderungen nach dem zweiten Weltkrieg gehört auch die neue Qualität der Rolle des ideologischen Kampfes in den internationalen Beziehungen - ohne natürlich die ökonomischen, politischen, militärischen u.a. Aspekte zu vernachlässigen. Die bürgerlichen Politiker und Ideologen begannen, diesen Veränderungen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Der USA-Wissenschaftler J. Martin kommentierte diese Entwicklung: "Namentlich vermittels der Propaganda werden viele unserer künftigen internationalen Konflikte bewältigt werden. Der psychologische Krieg ist ein Krieg des Wortes, ein Kampf um die Hirne der Menschen - dies sind die Methoden der Gegenwart und Zukunft" (J. Martin, International Propaganda, Mineapolis 1958, S. 57). W. Dizard, verantwortlicher Mitarbeiter des wichtigsten Regierungsorgans für außenpolitische Propaganda der USA(USIA), konkretisierte diesen Gedanken wie folgt: "Findet kein selbstmörderischer Kernwaffenkrieg statt, wird das Kräfteverhältnis zwischen uns und den Kommunisten hauptsächlich auf der Ebene des Kampfes um die öffentliche Weltmeinung bestimmt" (W.Dizard, The Strategy of Truth, Washington 1961, S. 186).

Mit der "Ideologisierung" der internationalen Beziehungen erfolgt eine immer stärkere gegenseitige Durchdringung von Ideologie und Außenpolitik. Der USA-Präsident H.S. Truman erklärte bereits am 31. August 1945, dass "der Charakter der in unserer Zeit existierenden internationalen Beziehungen die USA zwingt, die außenpolitische Propagandatätigkeit als Bestandteil der Verwirklichung" ihrer Außenpolitik fortzusetzen (J.W.Henderson, The United States Information Agency, New York 1969, s.35).

Der Antikommunismus erhält Eingang in die internationalen Beziehungen und wirkt sich prägend nicht nur auf Instrumente und Methoden des Kampfes der Staaten untereinander aus, sondern charakterisiert zunehmend Richtung und Inhalt dieses Kampfes. Natürlich lagen dem Kampf und den Konflikten nach wie vor wirtschaftliche und sozial-politische Interessen der herrschenden Klassen zugrunde.

Die imperialistischen Kreise waren jedoch in der Lage, diese Interessen noch wirksamer als früher ideologisch zu verbrämen. In Verfälschung der Wirklichkeit werden sie als notwendiger "Kampf gegen den Kommunismus", als "Verteidigung der Werte der abendländischen Zivilisation, der Demokratie und der Freiheit" ausgegeben, um damit die handfesten Profitinteressen der Monopole, den Schutz der Kapitalinvestitionen, ihrer Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu verschleiern. Die menschenfeindliche Politik der Sicherung der Profitmaximierung und der Friedensgefährdung wird als ihr Gegenteil, als humanistische Tat im Interesse der Menschheit ausgegeben.

In diesem Sinne verabschiedete am 10. Oktober 1951 der USA - Kongress das "Gesetz über die gegenseitige Gewährleistung der Sicherheit". Damit wurden 100 Mio. US-Dollar bereitgestellt, u.a. für die Aufstellung bewaffneter Formationen "beliebig ausgewählter, die in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien leben ... oder aus diesen Ländern geflüchtet sind" (Congressional Record, vol. 97, 6.8.1951, S. 3685). Dieses Gesetz leitete den Anfang des Übergangs zu einer Taktik des Antikommunismus ein, die später als Doktrin des "Zurückrollens" des Kommunismus endgültig formuliert wurde.

Offensichtlich auch unter dem Eindruck des Verlaufs des Krieges gegen Korea kam J.F. Dulles zu dem Ergebnis: "In den letzten fünf Jahren haben wir in Vorbereitung eines möglichen Krieges der Bomben, Flugzeuge und Kanonen viele Milliarden Dollar verausgabt. Aber wir verausgabten wenig für den Krieg der Ideen, in dem wir weitgehend engagiert sind und in dem wir Niederlagen erleiden, die keine militärische Stärke wettmachen kann" (J.F.Dulles, War or Peace, New York 1950, S.240). General Eisenhower forderte zu gleicher Zeit, einen "ideologischen" Marshallplan für das Ausland auszuarbeiten, der es den USA ermöglichen würde, die dominierende Stellung im geistigen Leben der Welt einzunehmen.

Unter der Leitung von J.F. Dulles wurde der Plan eines "totalen politischen Krieges" gegen die sozialistischen Länder ausgearbeitet, der sich in den Rahmen der neuen Doktrin der "Befreiung" einordnete. Seine wichtigsten Komponenten waren: die Vorbereitung konterrevolutionärer Putschs in den sozialistischen Staaten, die Formierung spezieller "Legionen" bewaffneter Diversanten aus den Reihen der Überläufer, die zur Unterstützung geplanter Unruhen und Aufstände in diese Länder eingeschleust werden sollten, sowie die weitere Verstärkung der antikommunistischen Propaganda und des psychologischen Krieges gegen den Sozialismus. Im Rahmen der neuen Doktrin der Befreiung verfolgte der psychologische Krieg folgende Ziele: ideologische und psychologische Bearbeitung und Demoralisierung der Bevölkerung der sozialistischen Länder, Vorbereitung von konterrevolutionären Erhebungen, von Sabotage und Terrorakten gegen das sozialistische

System sowie Provozierung von Unruhen als Vorwand zur Einmischung zunächst durch "Legionen" aus Emigranten und später durch amerikanische Streitkräfte.

Der "politische Krieg" wurde militärisch durch die Politik des "Balancierens am Rande des Krieges", durch die Verstärkung der NATO und durch die forcierte Remilitarisierung der BRD begleitet.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels wurde der Kurs des Wirtschaftskrieges und der Blockade gegen die Länder der Sozialismus fortgesetzt.

Einem ersten Test wurde dieses Konzept im Sommer 1953 in Berlin und in anderen Städten der DDR unterzogen. Es wurde 1956 in Ungarn erneut und in erweiterter Ausführung versucht. Durch die Ereignissen in der VR Polen hat man gedacht, eine Kettenreaktion auszulösen. Die Politik des "Zurückrollens" des Kommunismus hat aber eine nachdrückliche Niederlage erlitten.

Veränderungen in der taktischen Linie des Antikommunismus in den 60er Jahren und danach

Innerhalb der herrschenden Kreise der USA und der sie stützenden Kreise wurden zunehmend kritische Stimmen hörbar, die sich - wegen ihrer Erfolglosigkeit - gegen die Politik des "Zurückrollens" des Kommunismus mit militärischen Mitteln richteten. Der Start des ersten sowjetischen Sputniks am 4. Oktober 1957 leistete einen weiteren Beitrag, der zu einer Überprüfung der wichtigsten außenpolitischen Konzeptionen der USA und der anderen imperialistischen Mächte führte. Im Rahmen der US-amerikanischen Globalstrategie wurde die *"flexible" Strategie des Eindringens und der Aufweichung der sozialistischen Länder* geboren. Diese beruht auf der Schlussfolgerung, dass der unverändert angestrebten Liquidierung des Sozialismus eine längere Phase der Spaltung und Zersetzung vorausgehen müsse.

Unter diesen Bedingungen hat die Bedeutung des ideologischen Kampfes eine sprunghafte Steigerung erfahren. Einer der US-amerikanischen Spezialisten für psychologische Kriegführung erklärte dies mit folgenden Umständen: "Da der militärische Hebel der Politik des Antikommunismus in seinem Ausmaß beschränkt ist und in der Öffentlichkeit eine ungünstige Reaktion auslöst, der ökonomische Hebel aber zu langsam und zu wenig effektiv ist, sind wir gezwungen, auf ein drittes Werkzeug der Strategie - das ideologische - zurückzugreifen" (Edwin Reischauer, USA-Botschafter in Japan; zit. nach: Günther Rose, "Industriegesellschaft" und Konvergenztheorie, Berlin 1971, S.72).

Beginnend mit den 60er Jahren lag der gesamten antikommunistischen Propaganda die These zugrunde, dass die wissenschaftlich-technische Revolution die Natur des althergebrachten Kapitalismus umwandle, seine sämtlichen Antagonismen beseitige, wodurch die soziale Revolution überflüssig werde. Auf dieser Grundlage wurde ein ganzes Bündel apologetischer Theorien entwickelt - wie die von der "postindustriellen Gesellschaft", von der "Konvergenz" von Kapitalismus und Sozialismus, von der "Entideologisierung" des gesellschaftlichen Lebens und der einzelnen Bereiche der Politik. Diese Theorien zielten darauf ab, zu beweisen, was nicht zu beweisen ist, dass der Kapitalismus Wohlstand und Freiheit für alle sichere und

die marxistische Theorie von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ungültig geworden sei.

In seinem Buch "Kernwaffen und Außenpolitik" schrieb H.A. Kissinger: "Das Zeitalter der Wasserstoffbomben ist, neben allem anderen, ein Zeitalter verstärkter subversiver Tätigkeit der Staaten, ein Zeitalter der Intervention von Freiwilligen, der Errichtung der Herrschaft mit Hilfe des politischen und des psychologischen Krieges" (H.A.Kissinger, Kernwaffen und Außenpolitik, Moskau 1959, S. 53).

Anfang der 60er Jahre erarbeiteten führende Forschungseinrichtungen der USA im Auftrag des USA-Kongresses eine Serie von 15 grundlegenden Studien über verschiedene Aspekte der US-Außenpolitik. Darin wurde u.a. vorgeschlagen, die Ziele der USA und anderer kapitalistischen Staaten mit Hilfe nichtmilitärischer, in erster Linie politischer Methoden anzustreben, die unbedingt mit ideologischen Mitteln verknüpft sein müssten. "Im Zeitalter der Ideologie müssen politische Handlungen, um erfolgreich zu sein, mit Ideen verbunden werden" (Ideology and Foreign Affairs, Washington 1960, S.79). Als erstes der künftig "wichtigsten amerikanischen Ziele" nannten die Verfasser der Studie die "Schaffung von Voraussetzungen für die Erosion der militanten Aspekte der kommunistischen Ideologie" (a.a.O., S.81).

Um dieses Ziel zu erreichen "müssen die Vereinigten Staaten bestrebt sein, breite Kontakte mit der Intelligenz im sozialistischen Machtbereich und letztlich mit Politikern mittlerer und höherer Ebene zu entwickeln, in der Hoffnung darauf, dass es gelingt, ihre ideologischen Überzeugungen zu beeinflussen" (a.a.O., S.3).

Als ein kennzeichnendes Merkmal dieser Taktik des Antikommunismus bestand darin, dass sie sich nicht nur auf die Überreste der alten Ausbeuterklassen und auf Leute orientierte, die mit dem Sozialismus unzufrieden waren, sondern auch auf revisionistische, opportunistische Kräfte. Die regierenden Parteien sollten auf diese Weise weiter ideologisch und organisatorisch geschwächt, bürgerliche und kleinbürgerliche Oppositionsparteien zugelassen werden, und der Einfluß der kapitalistischen Kultur- und Geisteslandschaft zum Sieg der "Sozialdemokratie mit westlicher Nuancierung" in den sozialistischen Staaten führen (H. Kahn, Fortune, November 1968, S.127).

Nach diesem Schema, dessen Grundideen auch von führenden Vertretern der BRD u.a. militanten Antikommunisten geteilt wurden, sollte die Kette mit der ideologischen "Erosion" beginnen. Als letztes Glied war die "Einverleibung" der sozialistischen Länder Europas durch den Kapitalismus vorgesehen.

Die BRD greift ein

Von besonderer Bedeutung für die Verwirklichung der antikommunistischen Ziele in Europa war - im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung der kapitalistischen Mächte - die zunehmend wirksame Rolle der BRD und ihrer Agenturen. Im Juli 1963 machte Egon Bahr mit seiner Tutzingener Rede Furore, die vom "Wandel durch Annäherung" handelte, und nicht nur seinen persönlichen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Die BRD begann im Konzert des Westens immer nachdrücklicher einen eigenen Part zu spielen. Ihre Vertreter versuchten, sich in das Konzept der USA einzuordnen, aber ohne darauf zu verzichten, die eigenen Forderungen gegenüber den sozialistischen Staaten deutlich zu artikulieren. Das schuf

natürlich gleichzeitig auch Widersprüche bei der Verfolgung des gemeinsamen Zieles, der Beseitigung des Sozialismus in Europa.

Nach der Annahme der Notstandsgesetze in der BRD hielt z.B. F.J. Strauß die Zeit für gekommen, "endlich den Großraum Europa zu schaffen", wie er im Juni 1968 vor der Jungen Union Bayerns verkündete. Dieser "63Großraum" aber sollte zum Hegemoniebereich der BRD werden. Zu seiner Durchsetzung forderte Strauß eine neue "Verteilung der Gewichte". Das politische Programm dazu hat ebenfalls Franz Josef Strauß geliefert, in seiner Schrift: "Entwurf für Europa". Schon damals verkündete er, den Status quo vom Atlantik bis zum Bug und bis zum Schwarzen Meer zugunsten des Westens zu verändern, also ein kapitalistisches Europa zu schaffen.

Die große Bedeutung, die der antikommunistischen Diversion in der BRD beigemessen wurde, hat die Zeitschrift "Wehrkunde" 1964 sehr eindringlich beschrieben: "Unsere NATO-Strategie wurde aufgebaut als Absicherungs- und Verteidigungstreitmacht gegen die Luft-, Land- und Seemacht des Ostblocks - somit zur Führung eines dreidimensionalen Verteidigungskampfes. Indessen bewirkt diese Strategie kaum mehr als ein Wundverband um einen bösartigen Tumor, schauen wir auf die vierte Dimension eines Krieges... Die Schlachten eines **dritten Weltkrieges** (Hervorhebung - A.L.) ausgekämpft auf der Ebene der vierten Dimension, sind längst im Gange, es ist der *Kampf um die Meinungen der Menschen unserer Welt!* (Wehrkunde, 9/1964, S. 484).

Ausgehend von der Einsicht in die Perspektivlosigkeit der militärischen Erpressung gegenüber der UdSSR und der Gefährlichkeit eines nuklearen Zusammenstosses für die Vereinigten Staaten knüpfte J.F. Kennedy in einer Rede im Juni 1963 die grundlegenden Ziele des USA-Imperialismus an die Hoffnung auf "konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks", die dazu führen könnten, "Lösungen näher zu bringen, die heute unerreichbar scheinen" (The Department of State Bulletin vom 1.7.1963, S. 4).

Das "Wie" wurde in der BRD gemeinsam mit der SPD-Führung erarbeitet, mit der 1966 die Große Koalition gebildet wurde. Im Namen des deutschen Großkapitals beginnt die rechte SPD-Führung, zu Beginn unter Führung der CDU/CSU, das Konzept in die aussenpolitische Praxis einzubringen, dass schon früher als "Wandel durch Annäherung" gekennzeichnet wurde. Neben der Tatsache, dass sich dabei auch Ansatzpunkte ergaben, auf der Grundlage der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Erfolge auf dem Weg der Entspannung in Europa zu erzielen, verfolgte die BRD-Ostpolitik laut Egon Bahr auch das Ziel, den sozialistischen Staaten die "durchaus berechtigten Sorgen ... graduell soweit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung" (zit. nach: Gregor Schöllgen, Willy Brandt. Die Biographie, 2001, S.132). Ein wesentliches Moment dieser Politik bestand also darin, die sozialistischen Staaten in Sicherheit zu wiegen, um die Politik des Antikommunismus auf leisen Sohlen durchzuführen.

In diesem Prozess ging die SPD zugleich den Weg vom "demokratischen Sozialismus" zur faktisch völligen Übernahme der Ideologie und Politik der herrschenden Kreise des Großkapitals der BRD.

Parallel dazu vollzieht sich etwas ähnliches auch in den anderen Parteien der Sozialistischen Internationale, deren Führung insgesamt den antikommunistischen Charakter ihrer Theorie und Praxis weiter verstärkt. Auf dieser Grundlage erfolgt der Aufruf an alle europäischen Sozialdemokraten, ihre Anstrengungen im Kampf gegen die kommunistische Theorie und

Praxis zu vereinen (Sammelband Sozialdemokratie in Europa, Hannover 1966). Sehr deutlich bekannte Bruno Kreisky: "Nur der Kommunist kann für uns politisch akzeptabel sein, der aufgehört hat, Kommunist zu sein" (Neues Deutschland vom 12.11.1968).

So wurden wichtige Voraussetzungen für den Sieg der "Sozialdemokratie mit westlicher Nuancierung" in den sozialistischen Staaten geschaffen. Es bestätigte sich, dass der Antikommunismus von Anfang an kein in sich geschlossenes, positives, d.h. den Fortschritt der Menschheit stimulierendes ideologisches und politisches Programm besitzt. Das ihm innewohnende Hauptmoment ist die absolute Ablehnung der Idee von der Unvermeidlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Der Antikommunismus war schon damals für die Kräfte des Reformismus ein Weg, ihre Koalitionsfähigkeit mit den Apologeten des Kapitalismus unter Beweis zu stellen!

Die CSSR - ein wichtiges Versuchsfeld

So formierte sich in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine breite internationale antikommunistische Front, die vereint bzw. koordiniert den Kampf gegen die damaligen sozialistischen Staaten und gegen die marxistischen Grundlagen ihrer programmatischen Ausrichtung und ihrer Politik mit einer bis dahin nicht gekannten Massivität und auch Intensität führte.

Durch ihre strategische Lage war die damalige CSSR dabei ein Zielobjekt, das wichtige politische, ökonomische, militärische und ideologische Aspekte in Mitteleuropa in sich vereinigte.

Im Unterschied zum Vorgehen der fünfziger Jahre, als die USA und ihre Verbündeten ihr militantes, feindliches Verhältnis zum Sozialismus nicht verbargen und einen Frontalangriff gegen ihn zu organisieren versuchten, führte man diesmal den Angriff auf die Positionen des Sozialismus während der Ereignisse 1968 in der CSSR unter dem Deckmantel der Losung seiner "Humanisierung", "Demokratisierung" und ähnliches mehr. Die "New York Times" wurde (am 19. Mai 1968) noch deutlicher: "In der Tschechoslowakei erfolgt nicht einfach eine Humanisierung, sondern auch eine Dekommunisierung des Marxismus".

Man folgte dabei den Schlussfolgerungen umfangreicher analytischen Arbeiten führender Universitäten und Forschungseinrichtungen der USA, die in den Jahren 1958 bis 1960 im Auftrage des USA-Kongresses zu verschiedenen Aspekten der Außenpolitik angefertigt wurden. Diese gingen von der Feststellung aus, dass die Politik der "Eindämmung" und der "Befreiung" des Kommunismus gescheitert sei. Die Zweckmäßigkeit neuer kontrevolutionärer Umstürze, wie man sie in den 50er Jahren in den sozialistischen Staaten inszeniert hatte, wurde bezweifelt. Es wurde empfohlen, von den rein militärischen Methoden der "Befreiung" abzugehen und zu versuchen, dieses Ziel mit Hilfe nichtmilitärischer, in erster Linie politischer Methoden anzustreben, die unbedingt mit ideologischen Mitteln verknüpft sein müssten. "Im Zeitalter der Ideologie müssen politische Handlungen, um erfolgreich zu sein, mit Ideen verbunden werden" (Ideology and Foreign Affairs, Washington 1960, S 79).

Als eines der ersten Ziele wurde die "Schaffung von Voraussetzungen für die Erosion der militanten Aspekte der kommunistischen Ideologie"(a.a.O. S.81) genannt.

Um ihre Ziele zu erreichen, "müssen die Vereinigten Staaten bestrebt sein, breite Kontakte mit der Intelligenz im sozialistischen Machtbereich und letztlich mit Politikern mittlerer und höherer Ebene zu entwickeln, in der Hoffnung darauf, dass es gelingt, ihre ideologischen Überzeugungen zu beeinflussen"(a.a.O. S.3).

Zugleich waren die Ziele und Handlungen so angelegt, dass sie das durchaus vorhandene Potenzial an Konflikten, Defiziten und politischen Reibeflächen in der Wirtschafts- und Innenpolitik, das sowohl in der CSSR als auch in den anderen sozialistischen Staaten auf Veränderungen drängte, anknüpfen konnten. Konfliktstoffe gab es auch im Zusammenleben von Tschechen und Slowaken in der CSSR und zwischen anderen Nationen und Nationalitäten in anderen sozialistischen Staaten, die die gesellschaftliche Entwicklung hemmten. Es gab Spannungen zwischen Schriftstellern und Partei - und Staatsführung infolge der Reglementierungen in der Kulturpolitik und Defizite in der Erbe-Rezeption, die zum Teil durch Nationalismus, aber auch durch andere philosophische und politische Konzeptionen beeinflusst waren und die für das Einschleusen antikommunistischen Gedankenguts missbraucht wurden. Die Defizite in der staatsrechtlichen Ausgestaltung der Beziehungen Bürger - Staat - führende Partei, starke administrative Züge, Kompetenzprobleme zwischen gewählten Organen und Exekutive, besonders auf den mittleren und unteren Ebenen lieferten Nährboden für distanzierende Tendenzen im Verhalten der Bürger zur sozialistischen Demokratie und für die Züchtung einer Identitätskrise, nicht nur in der CSSR, sondern auch in den anderen sozialistischen Staaten. Auf dieser Welle, die auch noch von anderen - positiven und negativen - Erscheinungen charakterisiert war, konnten dem Sozialismus feindliche oder an humanistischen Prinzipien arme Personen eigensüchtige Ziele verfolgen und die Interessen der Gesellschaft unberücksichtigt lassen.

Dies konnte erfolgen, weil sowohl die KPTsch als auch die anderen regierenden Parteien der sozialistischen Staaten nicht die Kraft aufbrachten, der weltweiten antikommunistischen Allianz und den "sozialistischen Reformern" in ihren Ländern eine Alternative entgegen zu setzen, die das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den Sozialismus weiter gestärkt und ihren Willen zu seiner Sicherung wirkungsvoller mobilisiert hätte.

Offensichtlich wurde auch die Nachhaltigkeit in der Wirkung des Erfolgs bei der Zurückdrängung der Konterrevolution in der CSSR im Jahre 1968 überschätzt. Andererseits wurden seit den 70er Jahren nicht ausreichend praktische Schlussfolgerungen für die Ausarbeitung von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lösungswegen gezogen, die dem objektiven gesellschaftlichen Bedarf entsprochen und eine realistische Einschätzung des subjektiven Faktors beinhaltet hätten. Weit verbreiteter Praktizismus und eine "Politik des Löcherstopfens" ging Hand in Hand mit einer Politik, die die Leistungen von Führungspersonen maximierte und Probleme und Fehler minimierte. Gleichzeitig wurde, zumindest auf europäischer Ebene, das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus ungünstiger für eine solche Gestaltung der internationalen Verhältnisse, die die Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus verbessert hätten. Die inneren und äußeren gegnerischen Kräfte konnten unter diesen Umständen ihre Ziele entsprechend dem Anfang der sechziger Jahre erarbeiteten Schema weiter verfolgen, was dann zu den Ergebnissen der Jahre 1989/90 führte.

Alle in der Tschechoslowakei gebrauchten Hauptlösungen und -argumente wurden bis in die neunziger Jahre, bis zur Niederlage des Sozialismus nur unwesentlich modifiziert beibehalten. Dazu gehörte sowohl das Thema "Liberalisierung" wie auch "Demokratisierung", "demokratischer Sozialismus" wie auch "dritter Weg" usw.

Bruno Kreisky, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Sozialistischen Internationale, erklärte, was er unter diesen Prozessen versteht. "In der Tschechoslowakei vollzog sich in der letzten Phase gerade ein solcher echter Demokratisierungsprozess. Dadurch hörte die CSSR auf, ein Staat mit kommunistischer Diktatur zu sein. Der Machtapparat der kommunistischen Diktatur wurde durch die innere Entwicklung lahm gelegt" (Vgl. Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Tatsachen, Dokumente, Presse- und Augenzeugenberichte, Moskau 1968, S. 93). Und Klaus Mehnert stellte aus der Sicht der BRD fest: "Falls die Tschechoslowakei, falls andere osteuropäische Länder zum Sozialdemokratismus gehen werden, so gibt es keinerlei Zweifel, dass es uns um vieles leichter werden wird, mit der sozialdemokratischen, wenngleich möglicherweise formell immer noch kommunistischen Tschechoslowakei zu sprechen. Außerdem wird es notwendig, immer mehr Ostberlin zu isolieren" (a.a.O., S. 106).

Die Zauberformel - Konvergenz und Entideologisierung

Die sich nach 1968 herausbildenden Verhältnisse in der kommunistischen und Arbeiterbewegung und in einigen sozialistischen Staaten (Polen, Ungarn) ermöglichten dem internationalen Heer der Antikommunisten, trotz Niederlage in der CSSR, ihre schon Anfang der sechziger Jahre erarbeitete Grundstrategie wieder aufzugreifen, zu präzisieren und weiter zu verfolgen. Im Mittelpunkt stand "unerschütterlich" die Untergrabung des Sozialismus von innen heraus!

Bekanntlich hat Franz Josef Strauß schon in seinem 1966 erschienen Buch "Entwurf für Europa" sehr deutlich darauf hingewiesen: "Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen" (F.J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 45).

Die "Aufweichung" der ideologisch-theoretischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft wurde von den Kräften der Konterrevolution und ihren revisionistischen Helfern als Hauptbedingung für die "antisozialistische Evolution", für das allmähliche "Abgleiten" vom Sozialismus zum Kapitalismus betrachtet.

"Spezialisten für osteuropäische Fragen" erarbeiteten in den Zentren der USA, aber auch in Westeuropa z.B. in Österreich, der BRD usw. einen ganzen Katalog von Empfehlungen zur "Reformation im Kommunismus". Rührige Antikommunisten rieten, die *Entideologisierungskonzeption* aktiv zu nutzen, um die sozialökonomischen, ideologischen und politischen Bedingungen für eine Restauration der früheren "vormarxistischen sozialpolitischen Struktur in den sozialistischen Staaten Osteuropas zu sichern" (Vgl. E. Lemberg, Reformation im Kommunismus?, Stuttgart 1967).

Ebenfalls als eine Schlussfolgerung aus dem misslungenen Angriff von 1968 in der CSSR wurde der Antisowjetismus, der offene und verdeckte Kampf gegen die Sowjetunion als entscheidender Faktor und Garant des weiteren Bestehens der Gemeinschaft sozialistischer Staaten. Mit einem gelungenen Schlag gegen die Sowjetunion sollte das gesamte System der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten lebensbedrohlich getroffen werden. Durch einen erfolgreichen Schlag gegen die Sowjetunion erhoffte man sich günstigere Bedingungen, um die ideologische Diversion auch gegen die anderen sozialistischen Staaten zu betreiben, um

die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft in den Ländern Osteuropas zu zerstören, indem man ihnen Existenzgrundlagen entzog.

Der Angriff erfolgte also auf verbreiteter Front, mit einer größeren Vielfalt an Mitteln und unter direkter Hinzuziehung wichtiger Führungsgestalten und wissenschaftlicher Zentren in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Staaten. Anknüpfungspunkte und -personen für die verschiedensten Institutionen des internationalen Kapitals, die bereit waren, die Fronten zu wechseln, gab es in allen Ländern, darunter auch ausgesprochen politische Schwergewichte. Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Partei- und Staatschef der UdSSR gestand vor einem Seminar an der US-amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999: "Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen. Von meiner Frau, die diese Notwendigkeit noch eher als ich erkannte, wurde ich dabei voll ganz unterstützt. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, nutzte ich meine Stellung in der Partei und im Lande. Eben zu diesem Zweck drängte mich meine Frau die ganze Zeit dazu, immer höhere Positionen im Lande einzunehmen. Als ich mich persönlich mit dem Westen bekannt gemacht hatte, verstand ich, dass ich von von dem gestellten Ziel nicht ablassen durfte. Um dieses zu erreichen, musste ich die ganze Führung der KPdSU und der UdSSR ersetzen, und ebenso die Führung in allen sozialistischen Ländern. Die Welt wird ohne den Kommunismus besser aussehen" (zitiert nach: Justus von Denkmann, Wahrheiten über Gorbatschow, Berlin 2005, S. 13).

Gorbatschow gibt damit Antwort auf manche Fragen, die sich 1989 viele gestellt haben und noch immer stellen. Dazu gehört auch die zentrale Frage, warum die KPdSU und die sozialistische Gesellschaft so in sich zusammengebrochen sind? Im "Spiegel" (29/1999, S. 151) gibt er die Auskunft: "In dieser Phase entstand der Entwurf des neuen Parteiprogramms, das im Juli 1991 auf dem ZK-Plenum angenommen wurde. Wir strebten eine Sozialdemokratisierung an und dadurch eine Spaltung der KPdSU" (Ebenda, S. 14). Es bewahrheitet sich: "Ein verräterischer Freund ist der gefährlichste Feind..."! (Henry Fielding, Tom Jones. Die Geschichte eines Findelkindes, Teil I, Berlin 1970, S.123).

Die Agenturen des internationalen Großkapitals konnten sich also zunehmend auf innere Kräfte in den sozialistischen Staaten stützen, um die Widersprüche, die sich auch aus der Entwicklung des Sozialismus ergaben, einer Zuspitzung zuzuführen, und zusätzliche Probleme zu schaffen. Es war ihnen offensichtlich gelungen, sogar in den höchsten Spitzen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten prinzipienlose Handlanger zu identifizieren und sie systematisch aufzubauen.

Die Geschichte des Antikommunismus ist ein Beweis für seine untrennbare Verknüpfung mit dem Klassenkampf. Dabei bewährt sich der Reformismus immer wieder als eine der wichtigsten ideologischen und politischen Stützen der kapitalistischen Klasse in den Reihen der Arbeiterbewegung. Seine Anhänger erwiesen sich als besonders wirksame Träger der in den "wissenschaftlichen" Zentren des internationalen Kapitals fabrizierten Theorien von der "Konvergenz" und der "Entideologisierung". Gut maskiert betrieben sie eine Untergrabung des sozialistischen Internationalismus, beeinflussten die außenpolitischen Entwicklungen in Richtung einer "differenzierten" Politik der kapitalistischen Staaten gegenüber jedem einzelnen sozialistischen Staat und wandten eine Taktik der ökonomischen "Anbindung", der politischen Verlockungen und der ideologischen Infiltration. Sie erwiesen sich auch als geeignete "Verkäufer" unterschiedlichster "nationaler Modelle" des Sozialismus.

Ein besonders wirksames und intensiv benutztes Mittel zur Schwächung der sozialistischen Staaten durch Erosion der moralischen Substanz und Identität der sozialistisch geführten

Gesellschaften war die "Menschenrechtsfrage" und die systematische Ausweitung der "Dissidentenorganisationen", die "sich" später in vom Ausland finanzierten NGOs verwandelten und zu Stützen der "zivilen Gesellschaft" wurden.

Zusammen erwiesen sich die Mittel als wirksame Keile, die in die Welt des Sozialismus getrieben werden konnten, weil sie Bedingungen und Bestrebungen (siehe u.a. Gorbatschow) vorfanden, die sie in ihrem Interesse ausnutzen konnten. Es war eben Klassenkampf!

Durch solcherart Zusammenwirken von inneren und äußeren Faktoren wurde 1989 der Prozess eingeleitet, der zur größten Niederlage des Sozialismus führte. In Europa hat das 21. Jahrhundert ohne sozialistische Staaten begonnen. Zwar ist es nicht gelungen, "den Kommunismus auszumerzen", aber für die kapitalistische Reaktion und für die Konterrevolution war es ein Sieg.

Die Veränderungen bezogen sich jedoch nicht nur auf die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse in den ehemals sozialistischen Staaten. Sie betrafen zugleich alle Staaten, zumindest in Europa, ihre Beziehungen zueinander und das Schicksal des Friedens.

Seit der Niederlage des Sozialismus fehlt die Hauptkraft im Kampf um die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit der Völker und für die Entwicklung gleichberechtigter Zusammenarbeit der Staaten.

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts begann eine kontinuierliche Destabilisierung der internationalen Lage durch die Politik der USA und ihrer Verbündeten. Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Großmächten, die Kämpfe, die daraus resultierten, gewannen bestimmendes Übergewicht über die Außenpolitik der Staaten. Der Kampf um die Realisierung der Großmachtinteressen wurde zur Drehscheibe der Prozesse. Die Enttabuisierung des Militärischen ist zum kennzeichnenden Merkmal nicht nur für das internationale Agieren der BRD geworden. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklung ist die zunehmende Instabilität des internationalen Staatensystems und die Gefährdung des Weltfriedens. Die seit 1945 verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz, der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der Achtung der Souveränität und Selbständigkeit der Staaten endet in Folge der antikommunistischen Ereignisse von 1989 in einem Fiasko.

Nach der Niederlage des Sozialismus und der territorialen Einverleibung der DDR ist der ehemals sozialistische Osten Europas als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt. Deutschland habe sich nun seiner europäischen "Verantwortung für den Frieden" zu stellen. Wo immer die "Selbstbestimmung der Völker" und "Ethnien" in Gefahr gerate, müsse man aktiv werden. Wenn notwendig, sei Deutschland auch bereit, "Friedenswahrung durch Intervention von außen" zu betreiben, also Krieg zu führen. Die Expansionspolitik des deutschen Kapitals ist in Gestalt des Konzepts der "Neuordnung Europas" in die internationalen Beziehungen zurückgekehrt und dient sowohl als Vorwand als auch Ziel der deutschen Großmachtspolitik.

Ungefähr seit Mitte der 90er Jahre misst sich der deutsche Anspruch an den USA, deren Führungsrolle immer mehr in Frage gestellt wird. "Europa" müsse in Opposition zu den USA entstehen und Deutschland müsse aus seiner Unterordnung heraustreten.

Dieses Selbstverständnis beginnt innenpolitische Unterschiede zu überbrücken. Auch führende rechte Sozialdemokraten, "Sozialisten" und ehemalige Systemopponenten verlangen

in Übereinstimmung mit den Interessen des deutschen Kapitals nach "internationaler deutscher Präsenz".

Der Antikommunismus wurde dabei zu einem wichtigen verbindenden Band!

Mit dem Antikommunismus als Grundtorheit der menschlichen Zivilisation werden nicht nur extrem reaktionäre Kräfte und Positionen, sondern auch neofaschistische Tendenzen gefördert. Zu den Zielen des Antikommunismus gehört das Ausbluten jeglicher linker Opposition. Er ist zugleich eine Vorstufe für Repressalien gegen alle progressiven, über den Kapitalismus hinaus denkenden Kräfte.

* * *

Die Restauration des Kapitalismus in den Staaten Osteuropas führte zum Wieder- Anschluss dieser Staaten an die "westlichen Demokratien". Es sind jetzt die Werte des Kapitalismus und seine Interessen, die die Bewegungsrichtung der Gesellschaft und die Grundzüge der Außenpolitik dieser Staaten bestimmen. Die Zugehörigkeit zur NATO und die Mitgliedschaft in der EU sind Mittel zur politischen und ökonomischen Absicherung dieses Weges. Der Antikommunismus vervollständigt also das Arsenal der Instrumente zur Kontrolle der Staaten Osteuropas durch die kapitalistischen Mächte und zur Ausrichtung ihrer Politik.

Mit dem Antikommunismus können Angriffe gegen alles gefahren werden, was nicht in das kapitalistische Wertesystem passt, können Werte, Institutionen und vor allem Menschen so lange bearbeitet werden, bis sie gefügig und sturmreif gemacht worden sind, damit die Gesetze der Profitmaximierung, der Ausbeutung und die außenpolitische Expansion der kapitalistischen Großmächte realisiert werden können. Er dient vor allem dazu, den politischen Gegner zu zerstören.

Der Antikommunismus ist Mittel zur Niederhaltung des Volkes und zur Zersplitterung seiner fortschrittlichen Kräfte, zur Verhinderung ihres solidarischen Handelns. Er ist Hauptinhalt der Ideologie des Kapitalismus, richtet sich aber nicht nur gegen die Kommunisten, Marxisten, Sozialisten, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse, gegen alle demokratischen und verständigungsbereiten, humanistischen Kräfte.

Der Antikommunismus entspringt dem Widerstand des historisch überholten Kapitalismus gegen den gesellschaftlichen Fortschritt und seine Träger und ist durch eine Kombination zwischen Terror und Demagogie, von unverhüllter Gewalt gegen die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts und berechenbarer Konzession gegenüber den "Willigen" gekennzeichnet. Dabei entspringt das konkrete Verhältnis beider Komponenten durchaus nicht nur dem freien Ermessen der Herrschenden, sondern dem konkreten Kräfteverhältnis im Klassenkampf, was ein wichtiger Gesichtspunkt ist für den Kampf der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte ist.

Die Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten nach 1989 bestätigt erneut, dass der Kapitalismus den Drang zur politischen Reaktion verstärkt. Mit der Zunahme der Macht des

Kapitals über die Politik des Staates spitzt sich der Gegensatz zwischen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und einer kleinen Schicht von Ausbeutern und "Neukapitalisten", der Gegensatz zwischen dem Streben der Massen nach Frieden und sozialem Fortschritt auf der einen sowie den aggressiven Zielen und den Profitbestrebungen des in- und ausländischen Kapitals auf der anderen Seite zu.

Deshalb braucht der Kapitalismus den Antikommunismus, um durch ideologische Verwirrungsmanöver, durch Heuchelei, Lüge und Betrug, durch Erzeugung und Ausnutzung von Illusionen über Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit in den Reihen der Werktätigen zu verhindern, dass sich die Kräfte, die objektiv eine gesellschaftlich progressive Rolle spielen können, gegen die Ziele und die Politik der herrschenden Klasse formieren.

Die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von 26.01.2006 und ihre inhaltlichen Vorgaben weisen darauf hin, dass das Kapital in der gegenwärtigen Phase der Klassenauseinandersetzung eine in ihrer Intensität und Breite noch nicht vorhandene politisch-ideologische antikommunistische Offensive anstrebt, dabei nach maximaler Kräftekonzentration und zentralisierter Organisation auf gesamteuropäischer Ebene strebt, um die kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die nach der Niederlage des Sozialismus in Europa errichtet wurden, irreversibel zu machen, die Restorationsergebnisse auf Dauer zu sichern.